

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Regie-
render Bürgermeister von
Berlin, warnt, auf das Ab-
schneiden der AL mit Ver-
dächtigungen zu reagieren:
Kritische Fragen an die
eigene Adresse.

Seite 1

Wilhelm Nöbel MdB skizziert
die Partikuläre Rundfunk-
struktur als Ergebnis der
Unions-Medienpolitik: Ent-
eignung des Bürgers.

Seite 3

Liesel Hartenstein MdB for-
dert den Baustopp beim
Rhein-Main-Donau-Kanal: Die
Rentabilität spricht gegen
einen Weiterbau.

Seite 6

Buchbesprechung

Hugo Brandt MdB über Dieter
Lattmanns "Lieblose Repu-
blik": Mehr als jedes Lehr-
buch über Politik.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 89

12. Mai 1981

Kritische Fragen an die eigene Adresse

Auf das Abschneiden der AL nicht mit Verdächtigungen
reagieren

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Regierender Bürgermeister von Berlin
Mitglied des SPD-Präsidiums

Das Berliner Wahlergebnis hat auch unter Sozialdemokraten unterschiedliche Reaktionen und Deutungen hervorgerufen. Sie sind einerseits betroffen über die Höhe der Verluste und den bevorstehenden Übergang der Berliner Partei in die Opposition. Andererseits sind sie darüber erleichtert, daß die Verluste nicht so hoch ausgefallen sind, wie das im Januar 1981 befürchtet werden mußte und daß die CDU die absolute Mehrheit verfehlt hat.

Beide Aspekte sind beachtlich. Als das eigentliche Politikum stellt sich aber die Tatsache dar, daß sich über 90.000 vornehmlich junge Berlinerinnen und Berliner, das sind über sieben Prozent der Wählerschaft, für die Alternative Liste entschieden haben. Der Jugendprotest hat damit in Berlin nunmehr auch einen unübersehbaren politischen Ausdruck gefunden.

Die CDU und erstaunlicherweise auch die FDP reagieren darauf mit pauschalen Disqualifikationen und dem Vorwurf,



es handele sich dabei um eine undemokratische, ja sogar um eine verfassungsmäßig bedenkliche Gruppierung.

Das ist kurzsichtig und führt in die Irre. Die Parteien - auch unsere - sollen vielmehr erkennen, daß sie die Entstehung und das Anwachsen der Alternativen Liste in einem erheblichen Umfang selbst verursacht haben. Sie sollten deshalb nicht sogleich wieder in Rechthaberei oder wechselseitige Beschuldigungen verfallen, sondern kritische Fragen an die eigene Adresse richten.

Zum Beispiel die Frage, ob die Jungen so Unrecht haben, wenn sie vielen Politikern einfach nicht mehr glauben wollen; wenn sie darauf hinweisen, daß Reden und Handeln oft genug weit auseinanderklaffen. Oder wenn sie Auswüchse des ökonomischen Prinzips anprangern oder wenn sie beklagen, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit fast alles vorforme und stanze und für eigenes Tun und eigene Individualität immer weniger Raum lasse. Und auch wenn sie dem Begriff des Friedens eine ganz neue Dimension geben.

Sich diesen Fragen zu stellen, heißt nicht, sich anzubiedern oder der Jugend nach dem Munde zu reden. Die Fragen zu überhören, heißt aber mit Sicherheit, ein Stück Zukunft zu verspielen. Die CDU hat dies schon in erheblichem Maße getan. Wir Sozialdemokraten sollten ihr darin nicht folgen. Das ist eine und nicht die unwichtigste Konsequenz der Berliner Wahlen vom 10. Mai 1981.

(-/12.5.1981/ks/rs)

+ + +



Enteignung des Bürgers

Partikuläre Rundfunk-Destruktur als Ergebnis der Unions-Medienpolitik

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Medienpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Wir hätten technologisch den Anschluß bereits verpaßt und seien bald hoffnungslos verloren, so lautet der Tenor medienpolitischer Kritik an sozialdemokratischen Vorstellungen. Der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag forderte in der Aussprache zur jüngsten Regierungserklärung Entscheidungen anstatt Einsetzung von Kommissionen. Der gleiche Herr Kohl, der vor nicht einmal einem Jahr, nämlich am 17. Juni 1980, von gleicher Stelle aus mahnte:

"Meine Damen und Herren, eine Gesellschaftslehre, die Geschichte verbannt, die allein auf den utopischen Fortschritt setzt und auf die technische Machbarkeit baut, bietet Unsicherheit statt Wertorientierung, Steine statt Brot. Diese Ideologen, die doch vor allem bei Ihnen in der SPD angesiedelt sind, messen die Gegenwart nicht an der Vergangenheit, sondern an einer utopischen, jeder Lebenserfahrung entzogenen Zukunft, in der allein das Ziel zählt, aber nicht der Weg, allein die Reinheit der Idee, aber nicht die unmenschlichen Mittel ihrer Verwirklichung. Alle Zeiten haben ihre Utopien gehabt."

Hat demgegenüber nicht gerade der Bundeskanzler den Satz geprägt "Nicht alles, was technisch möglich ist, ist auch gesellschaftlich sinnvoll!"

Die Gefechtslage bei der Union ist klar, wenn einerseits der Oppositionsführer das Verleger-Ansinnen bei Radio Luxemburg als "Jahrhundertereignis" feiern möchte, jetzt aber die CDU/CSU-Ministerpräsidenten die öffentlich-rechtlichen Anstalten ARD und ZDF wegen ihrer Satellitenpläne zurückpfeifen.

Hier zählt nur ein Ziel: das öffentlich-rechtliche System so zu schwächen, daß die Entwicklung im Bereich der elektronischen Medien zu einer Situation ähnlich der bei den Printmedien führt. Deshalb jene Hektik und die Turbulenzen, die Alleingänge auch in CDU-regierten Ländern.

Was Gerichte bisher verhindern konnten, wird über immer neue Hintertürchen doch noch zu erreichen versucht: sowohl Staatsfunk als auch Privatfunk. Es bedarf mit Sicherheit keiner prophetischen Gabe, auf einen weiteren Unionstrick aufmerksam zu machen. Sie wird versuchen, auch über eine Rundfunkgebührenpolitik die öffentlich-rechtlichen Anstalten auszutrocknen.

Wenn unser föderalistischer Staat aus guten Gründen in seiner Form verfassungsmäßig verankert ist, hier könnte er fundamental versagen, indem die nach langen und schwierigsten Bemühungen Gott sei Dank überwundene Kleinstaaterei medienpolitisch fröhliche Urständ feierte. Eine partikuläre Rundfunk-Destruktur verschiedenster Veranstalter wäre das chaotische Ergebnis unionsgemachter Medienpolitik und gewiß auch eine Enteignung der Bürger, weil allein das öffentlich-rechtliche System die juristische Form für den Rundfunk als Gemeineigentum sein kann.

97 Prozent der Privathaushalte sind mit einem oder mehreren Fernsehgeräten, 98 Prozent mit Radiogeräten ausgestattet. Zwei von drei Haushalten verfügen über Plattenspieler, mehr als jeder zweite Haushalt über Kassetten- oder Tonbandgeräte. An das öffentliche Telefonnetz sind 70 Prozent der Privathaushalte angeschlossen.



Von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten werden heute sieben Fernsehprogramme angeboten, von denen mindestens drei, häufig bis zu fünf für jeden empfangbar sind. Mindestens drei, oft bis zu zehn von insgesamt 30 Hörfunkprogrammen kommen hinzu. Alles für 13 Mark monatlich, also wesentlich billiger als etwa ein Zeitungsabonnement.

Ein weiterer Hinweis: Während sich die publizistischen Einheiten der deutschen Zeitungen im Laufe der Jahre halbierten, vervielfachte sich das Hörfunk- und Fernsehangebot enorm.

Nun ist erwiesen, daß die Fernsehnutzungszeit konstant bleibt, trotz mehr Programmangebot, trotz mehr Freizeit. Da muß ja wohl die Frage gestattet sein, für wen eigentlich noch mehr Programme gemacht werden sollen. Die Antwort: "Für den mündigen Bürger" nimmt niemand ernst. In Wahrheit sind es handfeste parteipolitische Interessen und die einer Kommunikationsindustrie, die ohnehin in den kommenden Jahrzehnten einer der am stärksten entwicklungsfähigen Industriezweige sein wird. Dies, obwohl erheblich wichtigere politische und gesellschaftliche Erfordernisse in den achtziger Jahren gelöst werden müssen. Gefährlich auch das Arbeitsmarktagument, da allzu forsch der umfangreiche Rationalisierungseffekt übergangen wird.

Noch eines: Wer soll eigentlich diese gewünschte Vielzahl von Programmen gestalten? Wo sind die Journalisten? Noch in der Ausbildung? Nein, in kaum einem anderen Berufszweig - und in unserem Falle geht es ja schließlich um etwas - liegt die Ausbildung so im argen wie hier. Jemand hat gesagt, Konfektionsware und Arbeitsteilung bestimmten die Zukunft der "publizistischen Industrie". Kreativität von der Stange? "Kulturpessimist!", ein Vorwurf, der jetzt stechen soll. Man möge sich zur Ausgangssituation die Ergebnisse der von CDU-Ministerpräsident Späth berufenen Expertenkommission zu eigen machen, wie zum Beispiel: "Die in der Wirtschaft bewährte Selbstregulierungskraft des Marktes durch den Wettbewerb versagt in weiten kulturellen Bereichen, zu dem auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) nach seiner Aufgabenstellung gehört."

Überhaupt ist dieser Bericht lesenswert. Die widersprüchlichen Schlußfolgerungen, die der Auftraggeber daraus zieht, beweisen, daß Herrn Späths Kommission ein Selbsttor war.

Aus den 99 Punkten hier nur wenige Sätze: "Für ein vermehrtes massenattraktives Programmangebot durch die Neuen Medien besteht kein ausgeprägter und dringender Bedarf. Wichtiger als die Ausweitung medialer Angebote erscheint die Pflege und Förderung der persönlichen Kommunikation als Grundlage der gesellschaftlichen Integration, des Familienzusammenhalts, des Vereinslebens und eines positiven Verhältnisses der Generationen zueinander..."

Bei den meisten Verbänden, Organisationen und Institutionen ist... das Interesse an den Neuen Medien und die Bereitschaft, sich für diese zu engagieren, recht gering."

Dies reicht, vernichtend genug. Und allen, die die künftigen Jahrzehnte heute schon so richtig im Griff haben, schreibt der unverdächtige Leiter der Zentrale für Neue Medien und der Audiovisionszentrale beim Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft, Brepohl, ins Stammbuch: "Alle Prognosen, die einen längeren Zeitraum als fünf Jahre erfassen wollen, sind zumindest zweifelhaft."

Der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Friedrich-Wilhelm von Sell, hat am 31. März dieses Jahres in Essen realistisch festgestellt: "Wes wir aus heutiger Sicht bedürfen, ist eine Netzausbaustrategie, die den für die Wirtschaft und Verwaltung wichtigen modernen Kommunikationsdiensten Vorrang einräumt. Dieses Netz wird auch für Hörfunk- und Fernsehverteilung geeignet sein. Ein Ausbau von speziellen flächendeckenden Netzen nur für die Verteilung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen mit zudem alsbald veralteter Koaxialtechnik ist hingegen nicht zu verantworten."



Volkswirtschaftlicher Vernunft wäre so entsprochen, eine ebenso unnötige wie schädliche Orientierung an Rundfunkambitionen vermieden und die Behauptung vom Investitionsstau - noch dazu aus vermeintlich medienpolitischer Unvernunft - widerlegt."

Wenn der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel jetzt drohen läßt, so in einer Pressemitteilung vom 7. Mai: "Wenige Tage vor der erneuten Beratung der Bundesregierung über Medienfragen warnte Ministerpräsident Dr. Vogel heute die Bundesregierung eindringlich davor, bei den anstehenden Entscheidungen über den Ausbau von neuen Kommunikationsnetzen deren Nutzung durch inhaltliche Maßnahmen weiterhin zu blockieren", sollte er seine CDU-Kollegen mit Späth und Albrecht als Vorreiter nicht aus dem Auge verlieren, die medienpolitisch längst an ihm vorbeigezogen sind. Sie nämlich haben wie auch er selbst die vereinbarte Geschäftsgrundlage verlassen.

Es hat nie Zweifel daran geben können, daß die Deutsche Bundespost als Netzträger zur Verfügung steht, wenn die Gesamtfinanzierung der Pilotprojekte durch die Länder gesichert, wenn kostennäßig der Rahmen eingehalten und für die Leistungen der Post eine entsprechende Gebührenregelung geschaffen wird. Dabei bleibt nach wie vor der Pilot-, nämlich Testcharakter mit Rückholbarkeit zu beachten. Wer hier jedoch Sachzwänge schaffen möchte, dazu noch auf anderer Leute Kosten, darf dafür nicht die Bundesregierung scheitern, zumal Vogel in jener Presseerklärung ihr ohnehin jede Kompetenz abspricht. Schließlich sei selbst Satellitenrundfunk "ausschließlich Sache der Länder".

In der Tat ist die Klärung der Kompetenzen bei der Frage "Neue Medien" vorrangig. Die Enquete-Kommission des Bundestages hat sich diese Aufgabe gestellt. Die baden-württembergische Kommission geht ebenfalls von Entscheidungsbedarf aus.

Hilfreich dürfte die für den 16. Juni erwartete Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts zur "Freien Rundfunk AG" (FRAG) nicht zuletzt in der Kompetenzfrage sein.

Für die Bundesregierung besteht kein Anlaß, sich von den CDU/CSU-Länderregierungen, die sich ansonsten gerne von einer gewissen Allzuständigkeit getragen fühlen, zum medienpolitischen Prellbock mißbrauchen zu lassen. (-/12.5.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Der Baustopp beim Rhein-Main-Donau-Kanal ist überfällig!

Die Rentabilität spricht gegen einen Weiterbau

Von Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuß und
Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Der vor nunmehr 60 Jahren, nach der Unterzeichnung des Ditzzenbacher Vertrags im Jahre 1921, begonnene Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals ist nicht erst seit heute zum Streitobjekt geworden. Schon vor 15 Jahren hat der Oberste Bayrische Rechnungshof von der Weiterführung des Projekts abgeraten, weil seine Wirtschaftlichkeit nicht gewährleistet sei. Der Bundesrechnungshof hat nach eigener Aussage "wegen der hohen Kosten für den Bau, Betrieb und Unterhaltung dieser Wasserstraße wiederholt mündlich wie schriftlich Bedenken geltend gemacht und auf die verkehrswirtschaftlichen Auswirkungen hingewiesen". Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Rentierlichkeit des Kanals nicht gesichert ist. Und Bundesverkehrsminister Hauff hat unumwunden zum Ausdruck gebracht, daß er den Kanalbau für nicht wirtschaftlich und daher für sinnlos halte.

Es gibt in der Tat wenig Projekte, deren volkswirtschaftliche Unsinnigkeit gerade in den letzten Jahren so deutlich zutagegetreten ist und die dennoch (oder gerade deshalb!) von ihren Befürwortern so zäh verteidigt werden, wie dies beim Rhein-Main-Donau-Kanal der Fall ist. Was nach dem Ersten Weltkrieg als "Jahrhundertbauwerk" geplant wurde, droht mittlerweile längst zum Jahrhundert-Abenteuer zu werden. Je negativer die Kosten-Nutzen-Rechnungen jedoch ausfallen, desto verbissener pocht die Rhein-Main-Donau AG und mit ihr der Freistaat Bayern auf einmal abgeschlossene Verträge.

Die letzte Fortschreibung, der sogenannte Duisburger Vertrag, wurde 1966 vom damaligen Verkehrsminister Seeborn unterzeichnet. Danach trägt der Bund zwei Drittel, der Freistaat Bayern ein Drittel der Baukosten für den Kanal. An der Rechtmäßigkeit der Verträge besteht selbstverständlich kein Zweifel, nur muß gefragt werden, ob heute, unter völlig anderen Verhältnissen, aus deren bloßer Existenz auch noch die Berechtigung abzuleiten ist, daß ein solches Projekt unbedingt durchgeführt werden muß - bis zum bitteren Ende!

Der Rammbock des erwarteten ökonomischen Vorteils ist mit jeder Kosten-Nutzen-Analyse stärker ins Wanken geraten, denn:

- Nach neuesten Berechnungen liegt der Kosten-Nutzen-Faktor bei 0,5, das heißt, die Kosten des Kanals werden doppelt so hoch sein wie der Nutzen. Also ein Zuschußbetrieb, und dies auf Dauer! Nach einem Gutachten von 1978 wird sich - bei Gesamtkosten von über fünf Milliarden - nach Inbetriebnahme ein jährliches Defizit von circa 800 Millionen DM ergeben.
- Die Bundesbahn, die auf der Strecke Nürnberg-Regensburg noch Kapazitäten frei hat, wird durch den Kanal weitere drei Millionen Tonnen Transportgüter pro Jahr verlieren. Das dadurch erneut vergrößerte Defizit der Bahn muß ebenfalls der Steuerzahler bezahlen.
- Die Binnenschiffe werden zwischen Mainz und Passau 103 Stunden unterwegs sein; die Bahn legt dieselbe Strecke in zehn Stunden zurück. Grund: Da der Kanal den Fränkischen Jura "überqueren" muß (Scheitelhöhe 406 Meter, Mainz liegt dagegen auf 81,5 Meter), sind nicht weniger als 62 Schleusen erforderlich.
- Um den Kanal zu füllen, müssen jährlich zwischen 380 und 425 Millionen Kubikmeter Wasser aus der Donau in das Kanalstück oberhalb Kelheim "hinaufgepumpt" werden; dafür ist ein Energieaufwand von 70 Millionen Kilowattstunden erforderlich. Die Wasserent-



nahme nimmt die Sowjetunion heute schon zum Anlaß, um ein unbegrenztes Verkehrsrecht für die Donau-Anliegerstaaten zu fordern,

- Entgegen der bundeadeutschen Auffassung, wonach der Rhein-Main-Donau-Kanal als nationale Wasserstraße betrieben werden soll, vertreten die osteuropäischen Staaten den Standpunkt, daß er einem internationalen Regime unterliege: Als Großschiffahrtsstraße, die das Schwarze Meer mit der Nordsee verbinde. Nicht zu Unrecht fürchten die deutschen Binnenschiffe ihren Ruin durch die Dumpingpreise der Osthandelsflotten.

Wahrlich ein ungeheuerliches Unterfangen, von welcher Seite man es auch betrachtet. Der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann selbst, wie seine Ministerkollegen Tandler und Streibl Mitglied des Aufsichtsrats der Rhein-Main-Donau AG, ist dennoch unbeirrt der Meinung, daß "erst die Ergänzung durch Wasserstraßen auf dem Gebiet des Massengutverkehrs die Möglichkeit eines Wettbewerbs zwischen den Verkehrsträgern" schaffe, obwohl heute schon sicher ist, daß dann bei beiden Verkehrsträgern das Minus am Ende umso dicker wird.

Führt schon die ökonomische Untersuchung zu absurden Ergebnissen, so wird das Trauerspiel komplett, wenn man die ökologischen Opfer für den Kanalbau einbezieht. Der Naturpark Altmühltal, heute noch unter Landschafts- und Naturschutz stehend, würde auf einer Länge von über 30 Kilometern völlig zerstört. Teilweise ist er es schon. Der Verlust hochwertiger Biotope, das Absinken des Grundwasserspiegels, die Schädigung der Auwälder an der Donau, das Austrocknen von Feuchtgebieten, die Dezimierung der Vogelwelt, Existenzvernichtung der Flußfischer - das sind nur einige wenige Teilfolgen eines gewaltigen Gesamtkomplexes, dessen Ausmaß noch kaum zu übersehen ist.

Leider lassen sich die der Natur zugefügten Schäden immer erst dann richtig erkennen, wenn die Verheerungen schon angerichtet sind. In unserem zahlengläubigen Zeitalter sind die Ökologen schon deshalb im Nachteil, weil sie ihre Argumente nicht so trefflich in Heller und Pfennig ummünzen können, wie dies die Ökonomen tun. Aber die Natur rächt sich auf andere Weise. Sie tut es umso nachhaltiger und unerbittlicher, je brutaler sie vergewaltigt worden ist.

Alle Angebote, die von Seiten des Bundes dem Freistaat Bayern gemacht worden sind mit dem Ziel, die für den Kanal vorgesehenen Finanzmittel in andere, sinnvollere Infrastrukturmaßnahmen innerhalb des Landes zu stecken, wurden bisher abgelehnt. Bayern sollte seine Haltung revidieren und die jetzige verschlechterte Finanzierungssituation dazu nutzen, eine Denkpause einzulegen. Immer weiter zu bauen, hieße mit Sicherheit nur: Immer weiter Landschaft zerstören. Irreparabel und endgültig. Noch sind etwa 20 Kilometer des idyllischen Altmühltals unzerstört. Der Dambruch bei Katzwang südlich von Nürnberg hat auch dort einen Bauaufenthalt verursacht und zusätzliche Mittel gebunden. Zu einer nüchternen zeitgemäßen Bilanz ist es nicht zu spät. In ihr muß auch die Gegenrechnung enthalten sein, die Aufschluß darüber gibt, welchen Wert die Erhaltung einer historisch gewachsenen Kulturlandschaft für uns hat. Da solche Räume immer rarer werden, müßte ihr Wert nach den Gesetzen des Marktes eigentlich ungeheuer steigen. Eins ist gewiß: Wenn auch die Kanalbauer den umweltpolitischen Aspekt des Unternehmens immer noch in sehr kleiner Münze handeln, ja, wenn möglich ganz unterdrücken - eine wachsende Zahl von Bürgern folgt ihnen nicht in dieser Beurteilung. Technokratisches Handeln wird heute nicht mehr einfach hingenommen wie vor 20 Jahren, ein betonierter Kanaltrog, riesige Brückenbauten und breite kreuzungsfreie Auffahrten werden heute nicht mehr unkritisch als Symbole des Fortschritts akzeptiert, sondern als das empfunden, was sie wirklich sind: Raubbau und Landzerstörung, deren Folgen kommende Generationen zu tragen haben.

Bereits 1978 hat Diplom-Ingenieur Fülling errechnet, daß durch einen sofortigen Baustopp jährlich 656 Millionen DM an Ausgaben gespart werden könnten. Es wäre interessant zu untersuchen, was eine Rekultivierung des Altmühltals kosten würde, und diese Summe in Vergleich zu setzen zu den noch geplanten Milliarden-Investitionen für den Weiterbau. Es ist nicht fünf, sondern zwei Minuten vor zwölf, aber immer noch nicht zu spät, um der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. (-/12.5.1981/ks/ca)

+ + +



Buchbesprechung

"Die lieblose Republik" - Aufzeichnungen aus Bonn am Rhein, Kindler-Verlag, 328 Seiten, Paperback, DM 24,80.

Mehr als jedes Lehrbuch über Politik

Um das vorwegzunehmen: Lattmanns Buch "Die lieblose Republik" ist es wert, gelesen zu werden. Es gibt kein Buch, das einen besseren Einblick in die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten in Wahlkreis und Parlament bietet als dieses. Es gibt genug Bücher, die sich wissenschaftlich mit Politik, Politikern und Parlament beschäftigen, aber sie sind in aller Regel von Leuten geschrieben, die das Parlament von innen nicht kennen. Es gibt auch mittlerweile eine beachtliche Fülle aufschlußreicher und interessanter Memoiren. Lattmanns Buch ist weder das eine noch das andere, weder wissenschaftlich abstrahierend noch erinnernd distanziert. Es ist nicht abgezapft, sondern noch in der Blutbahn geschrieben.

Gewiß, daß Buch gibt immer nur Ausschnitte wider, aber solche, die zugleich Einblicke sind. Deshalb wünschte ich, ich hätte früher als Lehrer ein solches Buch zur Hand gehabt. Es vermittelt in seiner Unmittelbarkeit mehr als jedes Lehrbuch über Politik.

Die schlechteste Seite des Buches ist die Rückseite mit dem Klappentext. Mein Gott, wie ich sie hasse, diese gestanzten Standardtexte. Es geht natürlich nicht ohne die "zornige Betroffenheit", und dies sei ein Buch, "wie es so unangepaßt bisher nicht geschrieben wurde". Also, das halte ich für ausgemachten Unsinn. Daß es ein vergleichbares Buch nicht gibt, habe ich schon gesagt, und Lattmann hat aufgeschrieben, was er und wie er es beobachtet hat. Seine Kollegen tauchen in der Beschreibung auf, als würden sie ihm auf den Gängen begegnen. Dieser und jener, viele von ihnen kennt die breite Öffentlichkeit überhaupt nicht. Er spricht von den meisten wie einer, der sie gerne mag, ihren Wert zu schätzen weiß und genügend Vorstellungskraft besitzt, weil an sich selber erprobt, vermuten zu können, was sie bewegt, bedrückt, erfreut, wie sie leiden, mit sich und ihrer Aufgabe versuchen zurechtzukommen. Menschen, einfach Menschen, die versuchen, es fertigzubringen, "die Mitverantwortung für Fehler, ja Schuld auszuhalten und sich an Verletzungen zu stabilisieren."

Es ist wahr: In Lattmanns Bericht ist öfter von Betroffenheit und Sensibilität die Rede, und dennoch ist Lattmann kein betroffenes Sensibelchen. Das Buch faßt historische Erinnerungen mit politischen Aktualitäten zusammen, läßt die Abgeordneten und die Minister sich mit Bürgern der von ihm so geachteten, fast geliebten Menschen der Landschaft seines Wahlkreises im Allgäu mischen.

Streckenweise liest sich das Buch wie ein Reisebericht eines Neugierigen, der in eine ihm fremde Gegend geraten ist und sich nun wundert über die schroffen Gegensätze der Landschaft, die Unerträglichkeit des Klimas und die Grausamkeit der Beziehungen der Geschöpfe in dieser Landschaft. Das Buch aber zeugt davon, daß der Autor sich seine empfindliche Menschlichkeit bewahrt und bei anderen gefunden hat. Die einzelnen kurzen Kapitel machen sich aus wie Photographien bestimmter Situationen, aufgenommen durch die Linse der Sympathie.

"Auch vor Ort kennen sich die Leute nicht im geringsten mit der Arbeit ihrer Abgeordneten aus. Die Tätigkeit eines Bundestagsmitglieds bleibt unerklärbar für alle, die nur mal so nachfragen, doch eigentlich nichts Genaues darüber hören wollen", schreibt Lattmann. Er hat mit seiner "Lieblose Republik" etwas dazu getan, begreiflich zu machen, daß dort in Bonn und in den Wahlkreisen nicht seelenlose Idioten handeln, leben, lieben und leiden, sondern Menschen mit all ihren Fehlern, Schwächen und Stärken.

Hugo Brandt MdB
(-/12.5.1981/ks/rs)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

